

Bundesarchiv Frankfurt am Main  
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden  
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

Archiv der Freiherren von Gagern



**K**ulturStiftung der Länder  
Hessische Kulturstiftung  
Bundesministerium des Innern

1998

Herausgegeben von der Kulturstiftung der Länder  
in Verbindung mit dem Bundesarchiv  
1998

Autoren:

Klaus-Dieter Rack  
Hans Schenk  
Winfried Schüler  
Michael Wettengel

Redaktion:

Achim R. Baumgarten  
Joachim Fischer (Kulturstiftung der Länder)  
Wolfgang Michalka  
Philip Möckel

Abbildungen:

Bundesarchiv

Fotoarbeiten:

Ursula Seitz-Gray

Gesamtherstellung:

UNZE Verlagsgesellschaft mbH, Potsdam

Umschlagvorderseite:

Die Grundrechte des deutschen Volkes vom 27. Dezember 1848  
Bundesarchiv Frankfurt ZSg. 8/515

Umschlagrückseite:

Frankfurter Paulskirche, in der vom 18. Mai 1848 bis zum  
30. Mai 1849 die Nationalversammlung tagte  
Bundesarchiv Frankfurt ZSg. 5/45

© Bundesarchiv

ISSN 0941-7036

# Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Geleitworte  |    |
| <i>Ministerpräsident Hans Eichel</i>   | 5  |
| <i>Staatsminister Dr. Michael Naumann</i>  | 7  |
| Heinrich von Gagern und die liberale Bewegung im 19. Jahrhundert<br><i>Michael Wettengel</i>   | 9  |
| Das Familienarchiv der Freiherren von Gagern/Beschreibung des Bestandes<br><i>Hans Schenk</i>  | 37 |
| Das Familienarchiv von Gagern im Kontext der Bestände amtlicher Provenienz im<br>Bundesarchiv, Außenstelle Frankfurt<br><i>Hans Schenk</i> | 59 |
| Hans Christoph, Moritz und Maximilian - drei Freiherren von Gagern im Dienste Nassau<br><i>Winfried Schüler</i>                            | 74 |
| Die Bedeutung des Familienarchivs von Gagern für die Hessen-Darmstädter<br>Landesgeschichtsforschung<br><i>Klaus-Dieter Rack</i>           | 87 |
| Die Erwerbung<br><i>Hans Schenk</i>  | 96 |

# Heinrich von Gagern und die liberale Bewegung im 19. Jahrhundert

Michael Wettengel

„Freiheit im Inneren und Unabhängigkeit nach außen, oder persönliche Freiheit und Nationalität, sind die beiden Pole, nach denen alles Leben des Jahrhunderts strömt [...]“<sup>1</sup> – mit diesen Worten umriß Paul Achatius Pfizer 1832 die Hauptanliegen des frühen Liberalismus. Mit der ihnen im 19. Jahrhundert eigenen optimistischen Zukunftserwartung sahen die Liberalen darin die Haupttriebkkräfte ihrer Zeit. Als politische Bewegung wollte der Liberalismus den auf rechtsstaatlichen und verfassungsmäßigen Grundsätzen konstituierten Nationalstaat, in dem der einzelne gegen den Staat abgesichert, aber auch zur Teilhabe am Staat befähigt war.<sup>2</sup> „Nationalität und persönliche Freiheit“ sollten dabei „Hand in Hand gehen.“<sup>3</sup> Die liberale Bewegung bildete niemals eine Einheit, sie umfaßte von Anfang an sozialliberale und wirtschaftsliberale Leitbilder, konstitutionell-monarchische und demokratische Verfassungsvorstellungen. „Eine vielgestaltige, fast proteusartige Bewegung mit gegensätzlichen Richtungen und unscharfen Grenzen“ ist der Liberalismus der ersten Jahrhunderthälfte zu Recht genannt worden.<sup>4</sup> Den Forderungen nach nationaler Einigung und freiheitlicher Verfassung kam daher im Vormärz eine integrative Funktion für die Opposition gegen das bestehende „System“ zu.<sup>5</sup>

Am Anfang stand der bürokratische Liberalismus der Reformzeit. Seit 1815 entwickelte sich im Anschluß an die Reformbeamten, aber auch in kritischer Distanz zu ihnen die liberale Verfassungsbewegung. Während die Reformen der aufgeklärten Bürokratie durch eine „Neigung zur bevormundenden Volksbeglückung“<sup>6</sup> gekennzeichnet waren, forderte die liberale Bewegung, die sich in informellen Zirkeln, Vereinen und Beziehungsgeflechten im kommunalen Umfeld konstituierte und durch den Kammerliberalismus der süd- und mitteldeutschen Verfassungsstaaten repräsentiert wurde, die Beseitigung von Bevormundungen und Privilegien sowie die Teilhabe und Mitwirkung des Bürgers am Staatswesen.<sup>7</sup> Die Liberalen wollten Reformen, keine Revolutionen. Freiheit und Recht gehörten für sie untrennbar zusammen, das Privateigentum war ihnen unantastbar. Durch individuelle, unveräußerliche Freiheitsrechte, wie sie sich im Grundrechtekatalog der Paulskirche niedergeschlagen haben, Gewaltenteilung und Verfassungsgebung sollten Despotismus einerseits und Anarchie andererseits verhindert werden.

Der frühe Liberalismus entstand in einer Zeit des sozialen und ökonomischen Umbruchs von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft. Das politisch-gesellschaftliche Erwartungsmodell, das vor allem von südwestdeutschen liberalen Wortführern vertreten wurde, tendierte zu einer integrativen, sich auf hohem Niveau nivellierenden „Bürgergesellschaft“.<sup>8</sup> Dahinter stand einerseits ein idealtypisches Verständnis von Gesellschaft als einer harmonischen prästabilierten soziale Ordnung, andererseits die Hoffnung, daß mit dem Anwachsen des mittelständischen Bürgertums auch eine Zunahme von bürgerlichen Eigenschaften einhergehen würde.<sup>9</sup> Außerdem gründete sich der liberale Zukunftsoptimismus auch auf der Überzeugung, daß sich Vernunft und Recht letztlich doch durchsetzen würden und der Fortschritt nicht aufzuhalten sei. Im Laufe des Vormärz entwickelte sich der Liberalismus aus kleinen Zirkeln liberaler Beamter und Bildungsbürger zu einer breiten Bewegung des Bürgertums, die in manchen Regionen bis auf Gemeindeebene fest verankert war. Er beherrschte die öffentliche Meinung und vermochte den bürokrati-

tischen Obrigkeitsstaat herauszufordern, zur bestimmenden Kraft konnte er in Deutschland jedoch nicht werden.

Wie kaum eine andere deutsche Familie verkörperten die Freiherren von Gagern den Liberalismus des Vormärz und der Revolutionszeit. Hans Christoph von Gagern (1766-1852) und seine drei „politischen“ Söhne Friedrich (1794-1848), Heinrich (1799-1880) und Maximilian (1810-1889) waren nicht nur bekannte Protagonisten, ihr Lebensweg spiegelte auch die Geschichte des Liberalismus wider. Der Vater stammte aus reichsritterlicher Familie und war seit 1788 leitender Minister des Fürstentums Nassau-Weilburg, trat 1813 auf Empfehlung des Freiherrn vom Stein in den Dienst Wilhelms von Oranien und nahm als Minister der vier nassauischen Fürstentümer am Wiener Kongreß teil. In den wechselvollen Kriegszeiten gelang es ihm, bedeutende territoriale Gewinne für Nassau zu erreichen. Seinen Bestrebungen nach einer staatlichen Neuordnung und einer Wiederherstellung des Kaisertums waren jedoch keine Erfolge beschieden. Gegen die Restauration im Gefolge der Karlsbader Beschlüsse von 1819 protestierte er und forderte Harmonie und Versöhnung.<sup>10</sup> Als Repräsentant des Beamtenliberalismus schlug er eine Brücke zwischen der aufgeklärten Bürokratie der Reformzeit und dem konstitutionellen Liberalismus des Vormärz. Im hessen-darmstädtischen Landtag führte er von nun an die gemäßigte Opposition gegen die Regierung.

Die Unterschiede zwischen dem älteren Beamten- und Geheimratsliberalismus und der jüngeren Generation der Liberalen zeigten sich in den Auseinandersetzungen zwischen Hans Christoph von Gagern und seinen Söhnen, vor allem aber mit dem profiliertesten unter ihnen, Heinrich von Gagern. Anders als diese hielt der Vater an der alten Reichsidee fest und hoffte auf die Konstituierung des Reiches auf der Grundlage einer harmonischen Übereinkunft der beiden deutschen Großmächte.

Auch hinsichtlich des politischen Stils bestanden Gegensätze zwischen den Generationen. Hans Christoph nahm Anstoß an der verbalen Schärfe der Auseinandersetzung, die von den jüngeren Liberalen im Landtag ausging. In einem Brief vom 17. Mai 1834 kritisierte er die „herben Ausdrücke“ in einer Rede seines Sohnes Heinrich, „die man ganz adäquat hätte anders ausdrücken können, weil in meinem Sinn die Tür zur Verständigung und Versöhnung offen bleiben muß,“ und riet seinem Sohn eindringlich: „Du mußt mit dem Plebs nicht konfundiert erscheinen.“<sup>11</sup> Heinrich hielt dagegen seinem Vater in einem Brief vom 23. Juni 1839 dessen inneres „Bedürfnis der Parteilosigkeit oder einer vermittelnden Stellung zwischen den Parteien“ vor.<sup>12</sup> Daß auch Revolutionsfurcht hinter der Kritik an radikalen Tendenzen seines Sohnes stand, zeigte ein weiterer Brief Hans Christophs vom 1. Januar 1847, worin es hieß, er sehe „viele Elemente und Wünsche der Auflösung aller bürgerlichen Ordnung, betrieben besonders von hungernden Proletariern, als Literaten und Journalisten die Nation mit ihrem eignen Mißmut und Notdurft und übertriebenem Klagewerk ansteckend.“<sup>13</sup> Vater und Sohn vertraten nun auch in der Öffentlichkeit unterschiedliche Positionen. Hans Christoph wollte sogar in seiner letzten Schrift gegen die Bestrebungen seiner Söhne nach Einheit und Freiheit schwere Bedenken erheben, doch sein Tod im Jahre 1852 vereitelte dies.<sup>14</sup>



Abbildung 1  
Heinrich von Gagern  
Bundesarchiv Frankfurt ZSg. 4/311

Mit den Söhnen betrat eine selbstbewußte jüngere Generation von Liberalen die politische Bühne; sie waren in ihrer Jugend von den Erfahrungen der Befreiungskriege und von dem Gemeinschaftserlebnis in studentischen Verbindungen nachhaltig geprägt worden.<sup>15</sup> Friedrich und Heinrich von Gagern hatten noch an der Schlacht von Waterloo teilgenommen, und Heinrich gehörte während seines Studiums in Jena 1818 zu den Mitbegründern und Vorstehern der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft, die Forderungen nach nationaler Einheit und Freiheit erhob. „*Wir wünschen [...] keine eigne Politik der einzelnen Staaten, sondern das engste Bundesverhältnis; überhaupt, wir wünschen, daß Deutschland als ein Land und das deutsche Volk als ein Volk angesehen werden könne,*“ schrieb Heinrich im Juni 1818 an seinen Vater.<sup>16</sup> Die Burschenschaft hatte eine Politisierung der Studenten zur Folge, auch wenn die Auffassungen noch diffus und oft widersprüchlich waren. Die im Gefolge der Karlsbader Beschlüsse 1819 einsetzenden Demagogenvorforderungen konnten diese Entwicklung nicht mehr aufhalten. Die Burschenschaft entstand auf der Basis eines sich verdichtenden nationalen Kommunikationssystems der Gebildeten, und Heinrich von Gagern knüpfte als Burschenschafter Verbindungen, die weit über seine süddeutsche Heimat hinausreichten.<sup>17</sup> Dieses Kommunikationssystem bildete die Voraussetzung für die Klärung politischer Positionen und die Herausbildung der liberalen Bewegung auf nationaler Ebene.

Außerdem entstand mit der Burschenschaft eine politische Jugendbewegung, die neue Formen des Umgangs und der Auseinandersetzung sowie eigene geistige Bezüge und Referenzen schuf. Die Burschenschaft kultivierte zwischen 1815 und 1819 ein elitäres Selbstverständnis, in dem der Begriff der Ehre eine zentrale Rolle spielte. „*Relikte der alten 'studentischen Freiheit' als libertär-ständisches Sonderbewußtsein und die Selbsteinschätzung als Elite auf der Basis grundsätzlicher rechtlicher Gleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft*“ waren dabei „*spannungsvoll miteinander verbunden*“ oder überlagerten sich.<sup>18</sup> Ein Selbstverständnis als Vorkämpfer des politischen Fortschritts und das Festhalten an ständischen Ritualen und Ehrvorstellungen standen dabei nebeneinander. Studentische Zirkel und Burschenschaft formten – trotz aller individueller Unterschiede und politischer Differenzen – gemeinsame Anschauungen und Umgangsformen einer Generation, die sich so von der älteren Generation abgrenzte.

Heinrich von Gagern erregte durch sein Auftreten im hessen-darmstädtischen Staatsdienst bald Anstoß. Er entsprach keineswegs dem Klischee vom zaghaften Liberalen. Vielmehr verschaffte er sich bei seinen Vorgesetzten durch schroffe Offenheit und sein ausgeprägtes Selbstbewußtsein „*gewissermaßen furchtsamen Respekt*“. Er habe ihnen zu verstehen gegeben, er „*kenne ihren Dreck und sei auch imstande zu sagen, es sei Dreck*“, formulierte Heinrich von Gagern unverblümt.<sup>19</sup> Planvoll bereitete er seinen Eintritt in die Zweite Kammer des großherzoglich hessischen Landtags in Darmstadt vor und unterbreitete bereits 1827 seinem skeptischen Vater ein Programm für seine parlamentarische Taktik zur Durchsetzung des „*ständischen Prinzips*“. Durch eine finanzpolitische Schrift machte er auch in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam, indem er gegen die Verlängerung der Finanzperioden Stellung bezog und das bescheidene Budgetbewilligungsrecht des Landtages verteidigte.<sup>20</sup>

Zwar erhoffte sich Heinrich von Gagern von der parlamentarischen Bühne größere Freiheiten, als sie ihm die „*alltäglichen, schalen Verhältnisse*“ seines Dienstes eröffneten,<sup>21</sup> aber von den kleinstaatlichen Landtagen hatte er keine gute Meinung. „*Bauern- und Philisterversammlungen*“ nannte er sie abschätzig in einem Brief an seinen Vater und sah in dem „*Philister*“, dem ängstlichen, phlegmatischen, ausschließlich auf die wirtschaftlichen Interessen fixierten deutschen Bürgertum, dem es an bürgerlichen Tugenden gebrach, den „*Hemmschuh unseres politischen Fortschreitens*“.<sup>22</sup> Mit seinem Eintritt in den Landtag, daran ließ Heinrich von Gagern keinen Zweifel, sollte dies anders werden, würde die Opposition sehr viel energischer gegen die Regierung auftreten als bisher.

Nach Erlangung des passiven Wahlrechts wurde Heinrich von Gagern 1832 in den Landtag in Darmstadt gewählt. Durch seine unerschrockenen Angriffe gegen die Regierung wurde der brillante Redner bald zu einem der führenden Köpfe der liberalen Landtagsmajorität. Er wurde für das Präsidium der Zweiten Kammer des Landtags vorgeschlagen, von der Regierung aber wegen seiner oppositionellen Haltung abgelehnt. Heinrich bekannte sich zu seiner Vergangenheit und verteidigte 1833 im Landtag die Burschenschaft. Jeder Deutschtümelei stand Heinrich von Gagern dagegen ablehnend gegenüber: „*National wird in meinen Augen stets nur die Freiheit und jenes kräftige und edle Streben nach Freiheit und Einheit sein und bleiben*“, verkündete er 1836 im Landtag,<sup>23</sup> und 1843 bekräftigte er gegenüber seinem Bruder Friedrich nochmals, daß „*Einheit, positive, nicht mystische Einheit*“ das Ziel sei.<sup>24</sup>

Die liberale Aufbruchstimmung im Gefolge der französischen Julirevolution beflügelte zu Beginn der 1830er Jahre die Opposition. Heinrich von Gagern bezeichnete die Regierung 1834 in einer Landtagsrede als eine „*Partei, welche das konstitutionelle Prinzip nicht versteht und in ihren einzelnen Mitgliedern auch vergessen zu haben scheint, was Recht ist*“.<sup>25</sup> Mit dem Versuch, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit des Richteramts, die Liberalisierung des Wahlrechts, eine freie Gemeindeordnung, ein uneingeschränktes Petitionsrecht und Pressefreiheit durchzusetzen, stießen die Liberalen im Landtag jedoch auf den entschiedenen Widerstand der neuen Regierung du Thil. Mit Landtagsauflösungen, disziplinarischen Maßnahmen gegen verbeamtete liberale Landtagsabgeordnete und Diskriminierungen von liberalen Wahlkreisen wurde die Opposition systematisch bekämpft und eingeschüchtert.

Heinrich von Gagern wurde 1835 nach seiner Wiederwahl im Wahlkreis Worms von Wormser Bürgern gebeten, sein Mandat nicht anzutreten, um die Stadt nicht wirtschaftlichen Repressalien auszusetzen, und eine Delegation bat den Großherzog, die Stadt trotz des Wahlausgangs „*mit der allerhöchsten Huld und Gnade forthin zu beglücken*“.<sup>26</sup> Die liberale Führung hatte offensichtlich die eigene Stärke und ihren Rückhalt in der Bevölkerung überschätzt. Dies kann als symptomatisch für den Frühliberalismus insgesamt und seinen optimistischen Glauben an die Überzeugungskraft des Rechtsstandpunkts gelten.<sup>27</sup> Die Niederlage des Liberalismus war Mitte der 1830er Jahre allgemein: In einem Schreiben an Heinrich von Gagern vom 2. November 1835 berichtete Paul Pfizer, auch in Württemberg herrsche „*politische Stille*“.<sup>28</sup> Der „*Deut-*

sche Preß- und Vaterlandsverein“, der 1832 von den späteren Initiatoren des Hambacher Festes gegründet wurde, um Pressefreiheit, freie Meinungsäußerung, politische Bildung und die nationale Einigung zu fördern, wurde bald verboten. In Hessen-Darmstadt zerschlug die Regierung 1833 bis 1835 die oberhessische Opposition und verfolgte vor allem die Verfasser des „*Hessischen Landboten*“. Mehrere Personen wurden verhaftet, Georg Büchner flüchtete ins Ausland und Friedrich Ludwig Weidig starb im Gefängnis.

1836 schied Heinrich von Gagern aus dem Landtag aus und verzichtete auf eine Wiederwahl. Bereits 1833 hatte er nach seiner Versetzung in den Ruhestand den Staatsdienst freiwillig verlassen. In einem unveröffentlichten und nicht abgeschlossenen Rechenschaftsbericht an seine Wähler vom November 1838 schrieb er, es habe Mut dazu gehört, ihn zu wählen. Durch die Unterdrückung der freien Erörterung würden dem Volk seine verfassungsmäßigen Rechte vorenthalten. „*Ohne freie Erörterung*“ aber, so schrieb er, sei „*Repräsentation ein Gaukelspiel*“. <sup>29</sup> Als oberste Richterin über das Wohl des Landes erhob er die öffentliche Meinung, sie solle in letzter Instanz entscheiden. „*Das ist kein Staat, wo die Willkür des einzelnen das Gesetz macht!*“ <sup>30</sup> hieß es in seinem Rechenschaftsbericht weiter. Sollten die Forderungen nach Repräsentation und freier Erörterung nicht erfüllt werden, so verschwinde die Freiheit oder „*es sinken die Kronen in den Staub.*“ <sup>31</sup>

Heinrich von Gagern lebte von nun an auf seinem Gut Monsheim bei Worms, ein Schritt, den er offenbar bereits seit 1834 geplant hatte. <sup>32</sup> Dies kann jedoch nicht als Rückzug aus der Politik gewertet werden. Immerhin war Heinrich von Gagern durch seine Tätigkeit im Landtag zu einem der bekanntesten süddeutschen Kammerliberalen geworden und unterhielt weiterhin politische Verbindungen nach Darmstadt. Da er im Landtag vehement für die fortschrittlichen rheinhessischen Rechte, wie beispielsweise die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens und die Schwurgerichte, eingetreten war, galt er in Rheinhessen als Fürsprecher für die Belange der Provinz. Durch zahlreiche Kontakte zu einflussreichen rheinhessischen Honoratioren, wie beispielsweise Josef Brunck, Theodor Friedrich Langen und Philipp Wilhelm Wernher, baute er auf regionaler Ebene eine liberale Hausmacht auf. Die Wahl Heinrich von Gagerns zum Präsidenten des Landwirtschaftlichen Vereins in Rheinhessen 1845 war daher auch ein Zeichen für seine Popularität und ein Triumph der liberalen Öffentlichkeit. Für die Errichtung der linksrheinischen Ludwigs-Eisenbahn, die von großer wirtschaftlicher Bedeutung für Rheinhessen war, engagierte er sich 1847 als Mitglied des Verwaltungsrats der Eisenbahngesellschaft. <sup>33</sup> Er galt daher als künftige liberale Führungspersönlichkeit. So berichtete der preußische Gesandte von Bockelberg am 22. Dezember 1846: „*Auf dem künftigen Landtage wird er sicher gewählt und Führer einer entschiedenen Oppositionspartei werden.*“ <sup>34</sup>

Zugleich festigte Heinrich von Gagern 1839 durch die Heirat mit der pfälzischen Gutsbesitzerstochter Karoline Barbara Tillmann seine Verbindungen zu liberalen Honoratioren in der benachbarten Rheinpfalz und in Baden, vor allem zu seinen Schwägern Ludwig Andreas Jordan <sup>35</sup> und Franz Peter Buhl <sup>36</sup>, von denen der eine in den Münchener, der andere in den Karlsruher Landtag gewählt wurde. Außerdem verfügte er über

vielfältige Beziehungen zu anderen prominenten Liberalen und Demokraten in Württemberg, Baden und Hessen, von denen Alexander von Soiron, Johann Adam von Itzstein, Friedrich Hecker, Paul Pfizer, Karl von Rotteck, Carl Theodor Welcker und Friedrich Daniel Bassermann nur die bekanntesten waren. Zwischen dem Rhein-Neckar- und dem Rhein-Main-Raum entstand ein dichtes, grenzüberschreitendes Netzwerk der liberal-demokratischen Opposition, und Heinrich von Gagern stand in seinem Zentrum. In heimlichen Treffen in Monsheim, bei von Itzstein in Hallgarten, bei Bassermann in Mannheim und auf den Deidesheimer Gütern von Buhl und Jordan sprachen sich badische, hessische, nassauische, pfälzische und württembergische Liberale über die Ziele der Opposition ab und klärten ihre Positionen. Die liberale Bewegung im Südwesten überwand dadurch die regionale Begrenzung ihrer Wirkungsmöglichkeiten und die liberale Elite wuchs hier zu einer Gruppe zusammen, die in engem und kontinuierlichem Gedankenaustausch stand.

Die politische Opposition gewann seit den 1830er Jahren zunehmend auch breitere Bevölkerungsschichten für ihre Ziele. Sie entwickelte sich allmählich von einer Eliten- zu einer Massenorganisation. Bereits der Preß- und Vaterlandsverein hatte in der kurzen Zeit seines Bestehens mehr als 5.000 Mitglieder besessen, die größtenteils aus handwerklichen (ca. 22 %) und kaufmännischen Berufen (ca. 29 %) stammten. Den Durchbruch zu Massenorganisationen erreichten in den 1840er Jahren die Turn- und Gesangsvereine, in denen liberale und nationale Ideen stark vertreten waren. Für 1847 wurde die Zahl der organisierten Turner auf 80.000 bis 90.000, die der Sänger auf mindestens 100.000 geschätzt. Ihre Vereinsschwerpunkte lagen in Sachsen und Südwestdeutschland. Für ihre interne Kommunikation und ihre Darstellung in der Öffentlichkeit dienten Feste, Zusammenkünfte und die Zeitungen.<sup>37</sup> Die Mitgliedschaft dieser Vereine setzte sich vor allem aus Angehörigen kleingewerblich-mittelständischer und handwerklicher Berufe zusammen, wobei in den Turnvereinen die Handwerksgelesen bereits eine besonders umfangreiche Gruppe darstellten. Mit der Verbreiterung der sozialen Basis gelangten auch vielerorts liberale Repräsentanten in kommunale Gremien. In vielen Regionen, so zum Beispiel in Hessen, in Baden und in der Pfalz, entstand ein kommunal verankerter „Gemeindeliberalismus“.<sup>38</sup>

Der Liberalismus war zwischen 1832 und 1847 zu einer Partei im Sinne einer Gesinnungsgemeinschaft geworden, allerdings ohne parteimäßige Organisationsstrukturen zu besitzen. Im Gegensatz zu älteren, parteikritischen Auffassungen des Liberalismus vertrat Heinrich von Gagern bereits früh eine positive Bewertung eines entschiedenen Eintretens für die liberale Sache: „*Ich leugne nicht, Parteimann zu sein; was heißt das anders, als eine Meinung zu haben, für diese zu werben und sie geltend zu machen suchen,*“ erklärte er 1834 gegenüber seinem Vater.<sup>39</sup> Allmählich setzte sich ein neuer Parteibegriff durch, der stärker auch organisatorische Aspekte mit einbezog. „*Politischen Einfluß hat und gewinnt man nur an der Spitze einer politischen Partei,*“ formulierte Heinrich von Gagern in einem Brief im November 1847 und verstand darunter den Zusammenschluß von Parlamentariern, organisierte Interessenvertretung, planvolle Mobilisierung der Basis und politische Strategiebildung.<sup>40</sup> Innerhalb der liberalen Elite, bei der Skepsis gegenüber Parteiorganisationen vorherrschte, war Gagern ein Vordenker für ein neues Parteiverständnis.

Rhein Hessen bot für die Agitation der Opposition eine günstige Ausgangsbasis. „Hier rumort es fort“, schrieb Heinrich von Gagern im Dezember 1846 aus Rhein Hessen an Reinhard Eigenbrodt: „Es liegt in der Natur der Sache, daß die Opposition, die nur dem Gesetzesprojekt [...] galt, [...] jetzt immer mehr gegen das ganze System sich richtet und in diesem Sinne sich organisiert.“<sup>41</sup> Mit seiner Schrift „Inhalt und Bestand der rheinhessischen Rechtsverfassung“ und auf Protestversammlungen im Lande trat Heinrich von Gagern entschieden für die Erhaltung der aus französischer Zeit stammenden freiheitlichen Sonderrechte Rhein Hessens ein. Bereits im Frühjahr 1847 gelangte Heinrich von Gagern bei einer Nachwahl für Worms in die Zweite Kammer des hessen-darmstädtischen Landtags, wo er sich ebenfalls für die Wahrung der rheinhessischen Rechte aussprach und erneut zum Wortführer der Opposition wurde.<sup>42</sup> Nach Beendigung der Landtagssitzungen wurde er in Worms mit einem öffentlichen Fest empfangen. „Sein Dampfschiff war mit Wimpeln und Flaggen geschmückt; die Turner waren aufmarschiert; Gedichte wurden vorgetragen, Festreden gehalten. Das Volk hatte einen Helden.“<sup>43</sup>

Trotz bestehender Vereinsverbote organisierte sich die politische Opposition erneut; so entstand in Mainz ein „Bürgerverein zur Erhaltung der rheinhessischen Institutionen“, dem Heinrich von Gagern für ihm zuteil gewordene Ehrungen im Januar 1847 dankte.<sup>44</sup> Bei den hessen-darmstädtischen Landtagswahlen im September 1847 initiierte Heinrich von Gagern für die Liberalen den ersten organisierten Wahlkampf in diesem Kleinstaat. Sein Beauftragter für die Provinz Oberhessen, der Jurastudent Rudolf Fendt, berichtete darüber später: „Die Opposition regte sich, namentlich in Rhein Hessen, wo unter der Leitung Heinrich von Gagerns ein förmliches Comité dafür zusammentrat und durch Subscription einen namhaften Fond zur Bestreitung der erforderlichen Kosten sammelte. Mich ernannten die dortigen Parteigenossen zum Wahlcommissär für meine Heimathprovinz und stellten mir [...] mehrere hundert Gulden zur Verfügung.“<sup>45</sup> Trotz massiver Wahlbeeinflussungen durch die Regierung war der Sieg der Opposition überwältigend. Von den 48 Abgeordneten des hessischen Landtags galten nur 18 als Regierungsanhänger, dagegen zählten 23 zur Opposition.<sup>46</sup> Heinrich von Gagern selbst gewann in allen drei Provinzen Mandate. Seinen Anhängern galt sein Landgut in Monsheim als ein „politisches Mekka“.<sup>47</sup>

Im Spätsommer 1847 wies die politische Opposition im Südwesten bereits eine liberal-konstitutionelle und eine demokratisch-republikanische Richtung auf. Als Hauptstreitpunkt erwies sich die Frage der Staatsform, ob eine Republik oder eine konstitutionelle Monarchie für den zu schaffenden deutschen Nationalstaat vorzuziehen sei. Eng damit verbunden war die Haltung zur sozialen Frage. Die demokratische Linke reagierte flexibler auf die politischen Partizipationsansprüche und die Forderungen nach sozialen Reformen von Handwerkern und Arbeitern, während die konstitutionellen Liberalen verunsichert waren und eine soziale Revolution fürchteten.<sup>48</sup> Die Konfliktlinien waren schon früh vorgezeichnet. So wahrten die Brüder von Gagern frühzeitig eine gewisse Distanz zu demokratisch inspirierten Veranstaltungen, wie dem Hambacher Fest und dem Hallgarten-Kreis um von Itzstein, und verurteilten „Exzesse“ des „Pöbels“.<sup>49</sup> Bereits vor der Konstituierung des neuen Landtags im Dezember 1847 befürchtete Heinrich von Gagern das Auf-

treten einer radikalen Landtagsopposition. Er sah daher seine Aufgabe darin, einer gemäßigten „*Mittelpartei*“ oder „*liberalen Partei*“ nach badischem Muster den Weg zu bahnen.<sup>50</sup> Die weitere Entwicklung schien ihm recht zu geben: Im neuen Landtag wurde der republikanische Abgeordnete Franz Zitz aus Mainz, zu dem er in einem persönlichen Rivalitätsverhältnis stand, zum Wortführer der äußersten Linken.<sup>51</sup>

Heinrich von Gagern beteiligte sich an der Formierung einer konstitutionell-liberalen „Partei“ auf nationaler Ebene und bezog im Landtag gemäßigte Positionen gegenüber radikalen Forderungen. Nach der Offenburger Versammlung badischer Demokraten am 12. September 1847 trafen sich führende südwestdeutsche und rheinische konstitutionelle Liberale am 9./10. Oktober 1847 in Heppenheim und formulierten ein Programm.<sup>52</sup> Heinrich von Gagern hatte an den Beratungen in Heppenheim maßgeblichen Anteil. Er wirkte auch bei der Gründung und politischen Entwicklung der in Heidelberg erscheinenden „*Deutschen Zeitung*“ mit, die von Friedrich Daniel Bassermann herausgegeben wurde.<sup>53</sup> Sie wurde bald zum Sprachrohr des konstitutionellen Liberalismus, das für schrittweise Reformen und für Vereinbarungen mit Fürsten und Regierungen eintrat. Pointiert formuliert, entwickelte sich Heinrich von Gagern seit 1847/48 vom Anführer der politischen Opposition in Hessen-Darmstadt zum Wortführer der deutschen konstitutionellen Liberalen.

Schon vor Ausbruch der Revolution gab es Anzeichen für einen unmittelbar bevorstehenden tiefgreifenden Wandel. Die zunehmenden politischen Versammlungen, die Ausbreitung des Vereinswesens und die erhöhte Nachfrage nach Zeitungen waren Indizien für die wachsende Unruhe in der Öffentlichkeit. In den Anträgen, die vor allem der liberale Abgeordnete Theodor Reh seit Dezember 1847 in der Zweiten Kammer des neuen hessen-darmstädtischen Landtags einbrachte, wie beispielsweise auf Abschaffung des Jagdrechts, Einführung einer Einkommenssteuer, Judenemanzipation und Reform des Strafverfahrens, wurden vielfach bereits Märzforderungen vorweggenommen. Am 5./12. Februar 1848 stellte Friedrich Daniel Bassermann in der badischen Zweiten Kammer einen Antrag auf Einberufung einer aus Delegierten der einzelstaatlichen Parlamente bestehenden Vertretung beim Deutschen Bundestag in Frankfurt. Die Anträge wurden immer drängender und der Ton ihrer Begründungen drohend und beschwörend.

Als am 22./23. Februar 1848 die Revolution in Paris tatsächlich ausbrach, verbanden sich damit für die deutschen Liberalen Hoffnungen auf freiheitliche Reformen und die Schaffung eines deutschen Nationalstaats, aber auch Befürchtungen vor einem Angriff des revolutionären Frankreich und vor einem sozialen Umsturz. Die sozialen Unruhen zu Beginn der Revolutionszeit schienen ihnen Vorboten einer „*roten Revolution*“ zu sein. Stellvertretend für viele schrieb ein Darmstädter Liberaler bereits im März 1848, es gebe

„*Zwei Gefahren [...] der besseren Ordnung, der Freiheit und Gesittung Deutschland's:*

1) die Republik mit ihren Uebergängen zum Bürgerkrieg, zur Schreckensregierung und zur Tyrannei,

2) *der Krieg der Besitzlosen gegen die Besitzenden mit seinen Uebergängen zur Barbarei und auch zur Tyrannei.*

*Gegen diese beiden Gefahren müssen sich die Gutgesinnten bei Zeiten einigen und gliedern.*<sup>54</sup>

Die liberale Elite ergriff die Initiative, um die revolutionäre Bewegung in Deutschland in kontrollierten Bahnen zu halten und in ihrem Sinne zu lenken. „*Freiheit*“, „*Ordnung*“, „*Recht*“ und „*Eintracht*“ waren die Parolen, unter denen die liberalen Wortführer in jener Zeit handelten. Von Anfang an zielten die Liberalen auf ein geordnetes, legales Vorgehen zur Durchsetzung ihres Reformprogramms. Forderungskataloge – die sogenannten „*Märzforderungen*“ – wurden in kleinen Zirkeln formuliert, auf Volksversammlungen gebilligt und den Regierungen vorgelegt.

In Hessen-Darmstadt entwickelte sich die Zweite Kammer des Landtags zum Forum der Bewegung, das sowohl Empfänger von Petitionen als auch Ausgangspunkt von Initiativen war. Am 28. Februar stellten dort liberale Abgeordnete unter Leitung von Heinrich von Gagern nach badischem Vorbild einen Antrag auf Errichtung einer provisorischen deutschen Zentralgewalt unter Einbeziehung einer Volksrepräsentation,<sup>55</sup> und am 2. März verlangte der Abgeordnete Theodor Reh einen „*Wechsel des bisherigen mit den Wünschen und Forderungen des hessischen Volkes nicht im Einklang stehenden Regierungssystems.*“<sup>56</sup> Kennzeichnend für die Haltung Heinrich von Gagerns war es, daß er sich gegen die sofortige Beratung des weitergehenden Antrages seines „*Parteifreundes*“ Reh aussprach.<sup>57</sup> Gagern vermied die direkte Konfrontation mit der Regierung und betrieb eine Politik der Revolutionsbegrenzung. Mit der demokratischen Linken im Landtag unter Führung von Zitz kam es dagegen zu offenen Auseinandersetzungen. Als die Regierung am 4. März nur hinsichtlich der Pressefreiheit, der Volksbewaffnung und der Strafprozeßordnung Zusagen machte, lehnte Zitz eine von Reh und Gagern befürwortete Dankadresse an den Großherzog für seine Zugeständnisse ab und rief zu einem Zug aller Hessen nach Darmstadt auf, um die Durchsetzung aller Forderungen zu erzwingen. Nur der persönliche Einsatz Heinrich von Gagerns und die rechtzeitige Bewilligung der Märzforderungen verhinderten den Aufmarsch. Gagern selbst bewog am 6. März eine Volksmenge aus dem Odenwald zur Umkehr.<sup>58</sup> „*Herr Minister! aber nur, daß es nicht wieder auf die alte Leyer kommt*“, soll ihn ein alter Odenwälder Bauer bei dieser Gelegenheit gemahnt haben.<sup>59</sup>

Am 5. März erhob der hessische Großherzog seinen Sohn zum Mitregenten und zog sich von den Staatsgeschäften zurück. Der Erbgroßherzog übertrug am selben Tag Heinrich von Gagern die Leitung des Staatsministeriums sowie die inneren und äußeren Angelegenheiten. Als neuer leitender Minister regierte von Gagern mit den Beamten des alten Regimes: Er ließ nur „*die mißliebigen Persönlichkeiten*“ aus dem Ministerium entfernen. Dies entsprach sicherlich seiner Einstellung, es war aber auch Ausdruck fehlender personeller Alternativen und zugleich kennzeichnend für die Situation in den liberalen „*Märzministerien*“ des Jahres 1848.<sup>60</sup> Allenthalben hatte die Märzerhebung von 1848 keine großen personellen Auswirkungen auf Beamtschaft und Militär.



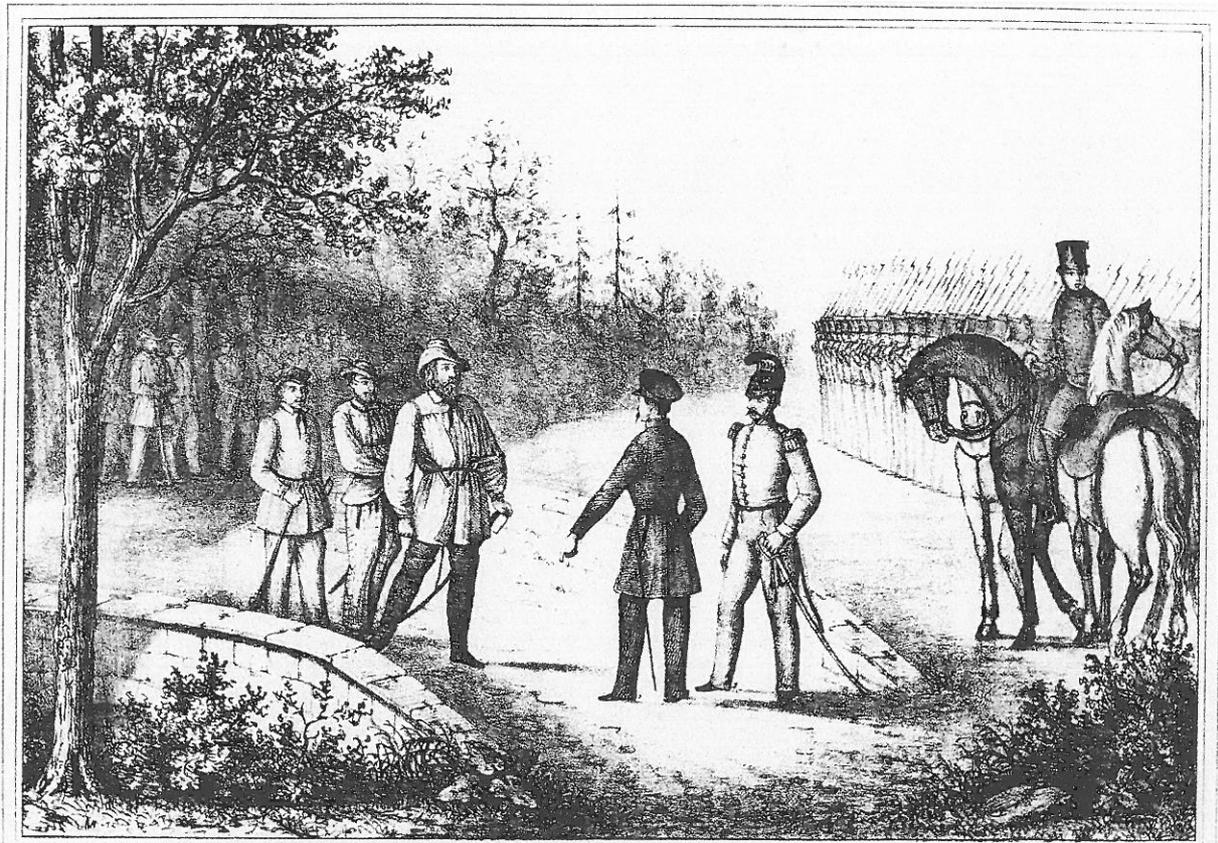
Abbildung 2  
Heinrich von Gagern als Hampelemann  
Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt

Heinrich von Gagern hatte sich schon im Vormärz für eine parlamentarische Regierungsweise in dem Sinne ausgesprochen, daß eine Regierung „aus dem Vertrauen des Volkes, oder, was bei gutem Wahlsystem gleichbedeutend ist, aus dem Vertrauen der Repräsentanten des Volkes“ hervorgehen „und von diesem Vertrauen fortwährend“ getragen sein soll.<sup>61</sup> In seiner Antrittsrede als leitender Minister am 7. März 1848 bat er die Abgeordneten der Zweiten Kammer des Landtags um ihr Vertrauen, „ohne das ich nichts bin und nichts kann.“<sup>62</sup> Dieser demonstrative Übergang zu einer parlamentarischen Regierungsweise und das Bekenntnis zur Volkssouveränität bildeten jedoch nur die eine Seite der Politik Gagerns.

Bereits der Antrag im Landtag vom 28. Februar hatte gezeigt, daß die Liberalen um Gagern noch von einer Konstituierung der Verfassungsorgane des vereinigten deutschen Staates vor der Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung ausgingen. Diese Politik zielte auf eine Vereinbarung mit den Fürsten und den einzelstaatlichen Regierungen. Mit seinem Bruder Max versuchte Heinrich von Gagern im März/April 1848 – in Zusammenarbeit mit dem Siebzehnerausschuß, einer Reformkommission des Bundestages – mit den einzelstaatlichen Regierungen die sofortige Bestellung eines provisorischen Oberhauptes und Grundzüge einer nationalen Verfassung durchzusetzen.<sup>63</sup> Dieser Plan, den Deutschen Bund in einen föderativen Nationalstaat mit konstitutionell-liberaler Verfassung zu reformieren, hätte eine weitgehende verfassungspolitische Vorentscheidung dargestellt und die Gestaltungsfreiheit eines künftigen Parlaments stark eingeschränkt. Das Vorhaben scheiterte jedoch sowohl am Widerstand der Monarchen der größeren deutschen Staaten, allen voran des preußischen Königs, als auch an der Ablehnung in der Öffentlichkeit.

Dennoch gelang den konstitutionellen Liberalen zu dieser Zeit eine Reihe wichtiger Erfolge gegen die republikanischen Kräfte, die die Revolution weiter vorantreiben wollten. Die Beschlüsse der Heidelberger Versammlung und des Vorparlaments begünstigten die „Legalisierung“ der Revolution, wie sie die Liberalen beabsichtigten, und verhinderten die Bildung eines revolutionären Konvents, die die Forderung Heckers und Struves nach Permanenz des Vorparlaments beinhaltete. Bei der Wahl des Fünfzigerausschusses blieb die Linke unterrepräsentiert. Heinrich von Gagern profilierte sich in Heidelberg und in den Verhandlungen des Vorparlaments als Führungspersönlichkeit der konstitutionellen Liberalen, die zu dieser Zeit schon als „Gagernsche Partei“ bezeichnet wurden. Gagern verfolgte konsequent den Zusammenschluß Gleichgesinnter und die Formierung einer gemeinsamen Linie zur Durchsetzung konstitutioneller Positionen. Am 29. März 1848, also noch vor der konstituierenden Sitzung des Vorparlaments, habe sich die „Gagernsche Partei“ im „Englischen Hof“ zu einer Besprechung zusammengefunden, berichtet ein Tagebuch eines Abgeordneten, und an anderer Stelle hieß es, die „Gagernsche intime Coterie“<sup>64</sup> habe dort ihr „Quartier“.<sup>65</sup> Diese informellen Zusammenkünfte bildeten die Anfänge der späteren Parlamentsfraktionen.

Die Liberalen glaubten, daß durch die Einsetzung der Märzministerien, die Gewährung der Märzforderungen, die Rücknahme der vormärzlichen Reaktionsbeschlüsse und durch die Bildung der deutschen Natio-



- v Gagern: Die Republikaner müssen die Waffen niederlegen.  
 Hecker: Wir legen die Waffen nicht nieder, denn wir kämpfen für unser Recht und für die Freiheit Deutschlands.  
 v Gagern: Sie sind ein gelehrter Mann, aber ein Fanatiker.  
 Hecker: Wenn die Umgebung für die Befreiung eines großen Volkes Fanatismus ist, dann mögen Sie diese Handlungsweise also bezeichnen, denn gibt es aber auch einen Fanatismus auf der andern Seite, dem Sie dienen. Nebriens bin ich nicht hier, um herüber zu streiten, sondern frage, ob Sie mir sonst noch etwas mitzuteilen haben.  
 v Gagern: Wenn Sie die Waffen nicht werfen, so werde ich mit aller Strenge gleich einschreiten.  
 Hecker: Und wir werden einem Angriff zu begegnen wollen.

Abbildung 3  
 Das Treffen bei Kandern zwischen Friedrich von Gagern und Friedrich Hecker  
 Bundesarchiv Frankfurt ZSg. 5/19

nalversammlung der Weg zu einem freiheitlichen deutschen Nationalstaat frei sei und daher auf eine unkontrollierbare revolutionäre Bewegung verzichtet werden könne.<sup>66</sup> Dabei wurden auch grundsätzliche Vorbehalte der Liberalen gegen die Revolution deutlich: Er habe „*kein Mandat empfangen, um die Regierungen vom Throne oder von ihrer Würde und Ehre herabzureißen, um den Schlund der Revolution weiter aufzureißen, sondern es lautet: schließt einmal durch rechtliche Begründung eines Verfassungszustandes den unglücklichen Weg, den Abgrund der Revolution,*“ formulierte der liberale Abgeordnete Carl Theodor Welcker in der Nationalversammlung.<sup>67</sup> Hinzu kamen Ängste bei den Liberalen vor „*Anarchie*“ und revolutionärem Chaos, „*denn die Anarchie wird uns unsere Rechte, sie wird uns unsere Freiheiten und auch unsere Gesittung rauben und dann weiß der liebe Gott, was aus einem solchen Zustande wird,*“ erklärte Alexander Freiherr von Soiron, Vorsitzender des Fünzigerausschusses und Freund Gagerns, am 26. April 1848.<sup>68</sup> Heinrich von Gagern selbst ergänzte, er wolle „*keine Pöbelherrschaft, kein Liebäugeln mit dem Pöbel.*“<sup>69</sup>

Der badische Aufstand im April 1848 unter Führung Heckers schien die liberalen Schreckensvisionen zu bestätigen. Von besonderer Tragik war es, daß Friedrich von Gagern als Oberbefehlshaber der siegreichen Bundestruppen bei dem Gefecht bei Kandern fiel. Damit starb der geistreiche und weltgewandte älteste Bruder Heinrichs, der unter allen Gagern-Brüdern den weitesten Horizont besessen haben dürfte.<sup>70</sup> Da Heinrich von Gagern mit ihm in engem Austausch zu politischen Fragen gestanden hatte, verlor er damit auch seinen wichtigsten und vertrautesten Berater. Der badische Aprilaufstand bestärkte Heinrich von Gagern und die anderen Märzminister in ihrem harten Vorgehen gegen republikanische und demokratische Organisationen, aber auch gegen bäuerliche Proteste und andere Unruhen.<sup>71</sup>

Hatten noch zu Beginn des Jahres 1848 Demokraten und Liberale in der gemeinsamen Opposition gegen die Regierungen eng zusammengearbeitet, so zerbrach diese Allianz nun. Aus den demokratischen Mitstreitern von einst wurden die neuen politischen Gegner, aus konservativen Gegnern von gestern dagegen häufig neue Verbündete. Reinhard Eigenbrodt, 1848 Ministerialrat in Darmstadt, enger Vertrauter Heinrich von Gagerns und sein Nachfolger als Innenminister, sah dies im Rückblick sehr kritisch: „*Wir hatten also neue Freunde gewonnen, aber Freunde, die wir weder als zuverlässig betrachten, noch deren wir uns recht freuen konnten [...]. Freunde, welche uns diejenigen mit denen wir bis dahin gegangen, zu entfremden drohten.*“<sup>72</sup> Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf die konstitutionellen Liberalen, die dadurch selbst konservativer wurden. So berichtete Eigenbrodt über den Eintritt Gagerns in die Nationalversammlung: „*Wie mächtig die Einwirkung der Umgebungen war, glaube ich selbst an Gagern bemerkt zu haben, der, wenn ich mich nicht täusche, von dem Augenblick an, wo er in Frankfurt die bedeutendere Rolle übernahm und sich in der Mitte konservativerer Männer befand, selbst konservativer wurde [...].*“<sup>73</sup> In der Nationalversammlung formierte sich die „*Gagernsche Partei*“ nach einer Vorbesprechung am 22. Mai 1848 in der Fraktion „*Casino*“.<sup>74</sup> Sie bildete das rechte Zentrum im Parlament, stellte die stärkste Fraktion und spielte eine höchst einflußreiche Rolle. Das „*Casino*“ wurde im Dezember nach Ausscheiden der „*großdeutsch*“

orientierten Abgeordneten zum Kern der „kleindeutsch“-erbkaiserlichen Partei. Gagern war dabei nach dem Urteil des Abgeordneten Haym ein Politiker, der „viele Kräfte zu einer gemeinsamen Wirkung auf ein großes Ziel hin zusammen[zusammen]fassen“ vermochte.<sup>75</sup>

Obgleich Heinrich von Gagern die Herausbildung und programmatische Entwicklung der kleindeutsch-erbkaiserlichen Fraktion in der Nationalversammlung ganz wesentlich mitbestimmte, so war er doch zugleich auch eine fraktionsübergreifend integrative und allseits respektierte Persönlichkeit. Seine größten politischen Erfolge erzielte er gerade durch fraktionsübergreifende Konsensfindungen. Am 19. Mai 1848 wurde er mit einer überwältigenden Mehrheit von 305 der 397 anwesenden Abgeordneten zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt; zu seinen Wählern zählten auch Mitglieder der Linken. Er versah sein Amt mit einer Autorität und Würde, die ihn zu einer geachteten und anerkannten, repräsentativen Symbolfigur der Paulskirche werden ließen. Als respektgebietender, auf einer Wolke schwebender „*Jupiter tonans*“ wurde Heinrich von Gagern mit seiner Parlamentsglocke von dem Zeichner Gerhard Malß karikiert.<sup>76</sup> Trotz aller Anfeindungen, denen er im Laufe der politischen Auseinandersetzungen von republikanischer Seite ausgesetzt war, erfuhr er häufig auch Unterstützung von Teilen der Linken, und im Juni 1848 wurde er von linken Abgeordneten sogar als Kandidat für das Reichsverweseramts vorgeschlagen.<sup>77</sup>

In seiner Antrittsrede als Präsident der Nationalversammlung bezeichnete Heinrich von Gagern die Schaffung einer deutschen Verfassung als deren Aufgabe und leitete Beruf und Vollmacht dafür von der „*Souveränität der Nation*“ ab, wofür er auch von Abgeordneten der Linken Beifall erhielt.<sup>78</sup> Mit seinem berühmten „*kühnen Griff*“ gelang ihm am 24. Juni 1848 ein überwältigender Erfolg. Der Vorschlag, die Nationalversammlung müsse „*die provisorische Centralgewalt selbst schaffen*“<sup>79</sup>, kam den Vorstellungen des gemäßigten Flügels der Demokraten entgegen, die eine Alleinwahl des Oberhauptes durch das Parlament forderten. Zugleich garantierte aber Erzherzog Johann als Reichsverweser – „*nicht weil es, sondern obgleich es ein Fürst ist*“<sup>80</sup> – die monarchische Spitze. Mit 450 gegen 100 Stimmen erzielte Gagern eine breite Mehrheit für seinen Entwurf. Zugleich wurde damit auch die Kompromißfähigkeit der Abgeordneten unter Beweis gestellt, denn unter den Anhängern Gagerns bestanden durchaus Bedenken gegen diesen Weg, hatte man doch zuvor ein durch die einzelstaatlichen Regierungen ernanntes Bundesdirektorium favorisiert.<sup>81</sup> Obgleich die Frage der Souveränität des Parlaments unter den Liberalen umstritten war und die Vereinbarung mit den einzelstaatlichen Regierungen meist für erforderlich gehalten wurde, erfolgte die Regierungsbildung bei den Reichsministerien durch parlamentarische Mehrheiten, „*Monarchie und Parlamentarismus galten als vereinbar*“.<sup>82</sup>

Auch die Lösung der Frage der deutschen Einigung kam in der Nationalversammlung letzten Endes durch einen parlamentarischen Kompromiß zustande. Schon früh formten sich bei Heinrich von Gagern die Grundzüge seines kleindeutschen Programms. Bereits in einem Brief an seinen Bruder Friedrich vom Januar 1846 vertrat er die Idee einer kleindeutschen Einigung unter preußischer Führung ohne Österreich. Eine

Einigung, die das „*faktisch schon längst getrennte und entfremdete Österreich*“ einschloße, würde dagegen aufgrund der Nationalitätenprobleme und der Notwendigkeit, „*heterogene Bestandteile zu vereinen*“, auf große Schwierigkeiten stoßen.<sup>83</sup> Die Lösung Gagerns bestand in der „*Schließung eines neuen deutschen Bundes zwischen Österreich und Westreich*“, der auf auswärtige Politik und gemeinsame Verteidigung beschränkt war.<sup>84</sup> Dies kam dem Gagernschen Programm eines engeren und weiteren Bundes, das er in der Nationalversammlung vertrat, sehr nahe. Friedrich von Gagern hatte sich bereits 1823 in seiner Schrift „*Von der Notwendigkeit und den Mitteln, die politische Einheit Deutschlands herzustellen*“ für eine preußische Hegemonie ausgesprochen, diese aber nicht veröffentlicht.<sup>85</sup> Er riet noch in seiner Antwort vom November 1846 davon ab, mit einem solchen Programm zu früh aufzutreten, um nicht die „*katholische Partei*“ zu entfremden.<sup>86</sup>

Am 24. März 1848 sprach sich Heinrich von Gagern in einer vielbeachteten Rede vor der Zweiten Kammer des Landtags in Darmstadt dafür aus, daß Preußen an die Spitze Deutschlands treten und Österreich sich zunächst getrennt konstituieren müsse.<sup>87</sup> Die Nationalitätenkonflikte in Österreich und der Vormarsch der Gegenrevolution auf Wien bildeten schließlich den Hintergrund für Gagerns berühmten Antrag vom 26. Oktober 1848 in der Nationalversammlung: „*Österreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschlande in dem beständigen und unauflöslichen Bunde.*“<sup>88</sup> Das „*übrige Deutschland*“ aber sollte sich „*fester aneinander anschließe[n]; auch wenn Österreich [...] in diesen engsten Bund nicht eintreten kann*“.<sup>89</sup> Zwar konnte Gagern mit seinem Antrag zunächst auch in der eigenen Fraktion nicht durchdringen, und schon im Vorfeld hatten erste Gespräche im Freundes- und Verwandtenkreis über den beabsichtigten Vorstoß eine negative Resonanz ergeben.<sup>90</sup> Heinrich von Gagern hatte jedoch damit die Richtung vorgegeben, die er mit der ihm eigenen Zielstrebigkeit und Hartnäckigkeit einschlug. Auch eine Reise nach Berlin, die Gagern am 23. November 1848 antrat und von der er letztlich nicht sehr hoffnungsvolle Signale zurückbrachte, vermochte ihn nicht zu beirren.<sup>91</sup>

Die reaktionäre Entwicklung in der Habsburgermonarchie seit dem Herbst unterstützte Gagerns Kurs. Der Reichsministerpräsident von Schmerling mußte zurücktreten, und Heinrich von Gagern folgte ihm am 17. Dezember 1848 in diesem Amt.<sup>92</sup> Aufgrund des Gegensatzes zwischen kleindeutschen und großdeutschen Zielvorstellungen gruppierten sich die Fraktionen in der Nationalversammlung neu. Die kleindeutsch-erbkaiserialische Politik Gagerns wurde von der Fraktion „*Weidenbusch*“ gestützt, die vom „*Casino*“ bis zum „*Westendhall*“ reichte. Aber erst durch ein Zweckbündnis mit der von Heinrich Simon geführten linken Fraktion „*Braunfels*“ konnte die erforderliche Mehrheit erreicht werden. Am 27. März 1849 wurde die Reichsverfassung mit dem erblichen Kaiser an der Spitze von der Nationalversammlung in Frankfurt beschlossen und am folgenden Tag König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum deutschen Kaiser gewählt.<sup>93</sup> Dieser Simon-Gagern-Pakt war auch ein Erfolg des Verhandlungsgeschicks Heinrich von Gagerns und ein Beweis für das Vertrauen, das er auch bei vielen linken Abgeordneten genoß. Zugleich war



Abbildung 4  
 Der Kaiserschnitt: Heinrich von Gagern als Geburtshelfer von Erzherzog Johann als Reichsverweser  
 Bundesarchiv Frankfurt ZSg. 6/3

er ein erneuter Beleg für die Kompromißfähigkeit der Paulskirchenabgeordneten. Die Liberalen akzeptierten das demokratische Wahlrecht, die Demokraten den preußischen Erbkaiser als Reichsoberhaupt. Beiden Seiten fiel dies nicht leicht. Bei den Liberalen bestanden Ängste vor der „*Ochlokratie der besitzlosen Masse*“, die durch das allgemeine Wahlrecht zu drohen schien.<sup>94</sup> Für viele Demokraten bedeutete es mit dem Wort Friedrich Theodor Vischers dagegen „*einen furchtbaren inneren Kampf*“, den preußischen Erbkaiser, wenn auch nur, „*wie der liebe Gott das Böse, zuzulassen.*“<sup>95</sup> Dennoch sorgte die Fraktionsdisziplin für ein knappes Gelingen der Abstimmungen.

Als die Reichsverfassung dann aber an der Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König scheiterte, standen die Liberalen vor einer schwierigen Situation. Zwar waren sie zu einer moralischen Unterstützung der von ihnen beschlossenen Reichsverfassung bereit, den gewaltsamen Weg zu ihrer Durchsetzung, wie ihn viele Demokraten einschlugen, wollten sie dagegen nicht gehen. Nur gesetzliche Mittel, so Heinrich von Gagern in einer Rede vor der Nationalversammlung, sollten gewählt werden, da sonst „*zu leicht die Schranke gestürzt*“ werde, hinter der die revolutionäre Anarchie laiere.<sup>96</sup> Als es keine Möglichkeit mehr gab, auf gesetzlichem Wege für die Reichsverfassung einzutreten, zogen Gagern und seine Anhänger die Konsequenzen: Bereits am 10. Mai 1849 trat Heinrich von Gagern als Reichsministerpräsident zurück. Am 19. Mai 1849 sprach sich die Fraktion „Casino“ für einen Austritt der Abgeordneten aus der Nationalversammlung aus, und am folgenden Tag legten Gagern und viele andere bedeutende Repräsentanten der Paulskirche ihr Mandat nieder.<sup>97</sup> In der Austrittserklärung der Mitglieder des „Casino“ vom 20. Mai 1849 begründeten sie ihren Schritt damit, daß sie lieber auf die Durchführung der Reichsverfassung verzichteten, *als „das letzte gemeinsame und gesetzliche Band zwischen allen deutschen Regierungen und Völkern zu zerreißen, und einen Bürgerkrieg zu verbreiten, dessen Beginn schon die Grundlagen aller gesellschaftlichen Ordnung erschüttert“* habe.<sup>98</sup>

Obgleich Heinrich von Gagern vom Scheitern seines Werkes persönlich schwer getroffen wurde,<sup>99</sup> beteiligte er sich an der Gothaer Versammlung im Juni 1849. Trotz aller auch von ihm selbst geäußerten Bedenken stimmte er der „Unionsverfassung“ prinzipiell zu und hatte damit maßgeblichen Anteil an der Befürwortung dieses Verfassungsentwurfs der drei Königreiche Preußen, Sachsen und Hannover durch die „Gothaer“. Gagern setzte sich außerdem persönlich für den Anschluß Frankfurts an das Dreikönigsbündnis ein.<sup>100</sup> Doch schon bald erwies sich, daß das Unionsprojekt keine liberalen Alternativen eröffnete. Der erzwungene Verzicht Preußens auf die Union im Vertrag von Olmütz am 29. November 1850 begrub die Hoffnungen der kleindeutsch-erbkaiserlichen Liberalen bis auf weiteres.

Für Heinrich von Gagern, der wie kein anderer die Politik der Liberalen im Vormärz und in der Revolutionszeit gestaltet hatte, setzte nach 1850 ein Prozeß des Umdenkens und der Neuorientierung ein. Von Preußen war er zutiefst enttäuscht. Vermutlich unter Einfluß seines Bruders Max, der 1855 österreichischer Ministerialrat wurde, näherte er sich allmählich großdeutschen Positionen an. Aufgrund seiner Erfahrun-

Nº 14.



Jupiter tonans.

Abbildung 5  
Heinrich von Gagern als *Jupiter tonans*  
Bundesarchiv Frankfurt ZSg. 6/229

gen gewann er die Überzeugung, daß die Bildung eines deutschen Gesamtstaates nicht ohne Österreich erfolgreich sein konnte, und entwickelte daher ein föderalistisches Konzept einer gemeinsamen Führung von Österreich und Preußen innerhalb eines reformierten Bundes. Ein Parteigänger der österreichischen Politik wurde er deshalb allerdings nicht. Heinrich von Gagern entfernte sich jedoch immer mehr von den Positionen früherer Parteifreunde und isolierte sich innerhalb der liberalen Bewegung. Beim österreichisch-italienischen Krieg von 1859 trat er nicht für die Bildung eines kleindeutschen Nationalstaates ein, sondern verlangte die Unterstützung Preußens für Österreich. Der wiederholten Einladung, sich am Deutschen Nationalverein zu beteiligen, folgte er nicht.<sup>101</sup> Stattdessen schloß er sich dem großdeutschen Reformverein an, der von Österreich gefördert wurde. Er gehörte zwar dem geschäftsführenden Ausschuß dieses Vereins an, übte aber keinen großen Einfluß mehr aus. 1864 wurde er hessen-darmstädtischer Gesandter in Wien. Im Gegensatz zu vielen anderen „Achtundvierzigern“ machte Heinrich von Gagern keine zweite politische Karriere mehr, auch wenn er 1866 wieder ein Abgeordnetenmandat im hessen-darmstädtischen Landtag erhielt. Gagern begrüßte Bismarcks Reichsgründung von 1871 als die Erfüllung der eigenen Ziele, auch wenn er bestimmten Aspekten der Verfassung des neuen Staates kritisch gegenüberstand.

Eine neue Generation liberaler Politiker beherrschte nun die politische Bühne und bestimmte die Richtung des Liberalismus, der sich an veränderte Rahmenbedingungen und an eingeengte Handlungsspielräume anpassen mußte. Mit Rudolf von Benningsen trat ein neuer liberaler Wortführer im Nationalverein auf, der als „zweiter Gagern“ bezeichnet wurde.<sup>102</sup> Diese jüngeren Politiker grenzten sich jedoch von der Generation der Gagerns, „Gefühlspolitiker“, wie sie August von Rochau nannte, ab und warfen ihnen Machtverzicht und Untätigkeit um hehrer Prinzipien willen vor.<sup>103</sup> Mit seinen 1853 verfaßten „Grundsätzen der Realpolitik“ formulierte Rochau als „Lehre“ von 1848/49, daß es nicht um die Wahrheit von Prinzipien und Ideen, sondern um ihre Realisierbarkeit und um ihre Anziehungskraft in der Politik gehe. Prägnant formulierte er den Grundsatz nationaler Machtpolitik: „Herrschen heißt Macht üben, und Macht üben kann nur der, welcher Macht besitzt.“<sup>104</sup> Damit wurde der Mythos einer angeblich idealistischen und realitätsfernen Politik des „Professorenparlaments“ – „Gagernsche Träumereien“ hieß es<sup>105</sup> – geschaffen.

Diese Sichtweise wird der liberalen Politik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts allerdings nicht gerecht, sondern ist vielmehr Ausdruck von Legendenbildung. Die parlamentarische Praxis, die Parteipolitik und das Parteiensystem in den Revolutionsjahren von 1848/49 blieben in ihren Grundzügen bis in das 20. Jahrhundert bestimmend. Politiker wie Heinrich von Gagern setzten hier Maßstäbe, indem sie die parteipolitische Formierung und Profilierung des Liberalismus vorantrieben und durch parlamentarische Vermittlung und Bündnispolitik tragfähige Kompromisse erarbeiteten. Es bildeten sich politische Kommunikationsstrukturen auf nationaler Ebene und die Anfänge einer politischen Massengesellschaft. Viele Errungenschaften der Paulskirche, für die besonders auch der Name Gagern steht, wie der Grundrechtekatalog und auf parlamentarischen Mehrheiten basierende Regierungsbildungen, konnten erst in der Weimarer Republik durchgesetzt werden.

#### Anmerkungen

- 1 Paul Achatius Pfizer: Gedanken über das Ziel und die Aufgabe des deutschen Liberalismus (Tübingen 1832), in: Lothar Gall, Rainer Koch (Hrsg.): Der europäische Liberalismus im 19. Jahrhundert. Texte zu seiner Entwicklung, Bd. 3, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1981, S. 67-102, hier S. 72.
- 2 Vgl. Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988, S. 12.
- 3 Pfizer: Gedanken über das Ziel und die Aufgabe des deutschen Liberalismus, S. 73.
- 4 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 290.
- 5 Der Systembegriff wurde in der zeitgenössischen liberalen Publizistik häufig pejorativ auf die bestehenden Regierungen im Sinne eines pervertierten und den gesellschaftlichen Verhältnissen unangemessenen Zustandes in Deutschland angewandt; vgl. Siegfried Büttner: Die Anfänge des Parlamentarismus in Hessen-Darmstadt und das Thilsche System, Darmstadt 1969, passim.
- 6 Lothar Gall: Gründung und politische Entwicklung des Großherzogtums bis 1848, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, Stuttgart 1979, S. 11-36, hier S. 30.
- 7 Vgl. Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 15; Lothar Gall: Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: Ders. (Hrsg.): Liberalismus, Königstein/Ts., 2. Aufl. 1980, S. 162-186.
- 8 Gall: Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“, S. 166f., der hier die Formulierung von der „*klassenlosen Bürgergesellschaft*“ verwendet.
- 9 Ebd., S. 165, 172f.; vgl. auch Lothar Gall: „Und ich wünschte ein Bürger zu sein“. Selbstverständnis des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 245 (1987), S. 601-623.
- 10 Wolf-Heino Struck: Das Streben nach bürgerlicher Freiheit und nationaler Einheit in der Sicht des Herzogtums Nassau. Ein Beitrag zur Beurteilung der Entscheidung von 1866, in: Nassauische Annalen 77 (1966), S. 142-216, hier S. 143, 157; Paul Wentzcke: Hans Christoph von Gagern, in: Neue Deutsche Biographie 6 (1964), S. 31-31; Hellmuth Rößler: Hans Christoph Reichsfreiherr von Gagern, in: Nassauische Lebensbilder, Bd. 4 (1950), S. 92-111. Zur publizistischen Tätigkeit Hans Christoph von Gagerns vgl. Familienarchiv der Freiherren von Gagern (FN 7) II, Nr. 137 bis 176.
- 11 Deutscher Liberalismus im Vormärz. Heinrich von Gagern, Briefe und Reden 1815-1848. Bearb. von Paul Wentzcke und Wolfgang Klötzer, Göttingen, Berlin, Frankfurt 1959, S. 138f..
- 12 Ebd., S. 224.
- 13 Ebd., S. 343f. Zur Revolutionsfurcht auch im liberalen Bürgertum vgl. Theodor Schieder: Das Problem der Revolution im 19. Jh., in: Ders. (Hrsg.): Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, München, 2. Aufl. 1970, S. 11-57; Michael Neumüller: Liberalismus und Revolution. Das Problem der Revolution in der deutschen liberalen Geschichtsschreibung des 19. Jhs., Düsseldorf 1973.
- 14 Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 13.
- 15 Vgl. zur frühen Geschichte der Burschenschaft in Jena Herman Haupt: Die Jenaische Burschenschaft von der Zeit ihrer Gründung bis zum Wartburgfest. Ihre Verfassungsentwicklung und ihre inneren Kämpfe, in: Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung, Bd. 1 (1910), S. 14-113; Georg Heer: Die ältesten Urkunden zur Geschichte der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft, in: Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung, Bd. 13 (1932), S. 61-132; Willi Schröder: Die Gründung der Jenaer Burschenschaft, das Wartburgfest und die Turnbewegung 1815-1819, in: Helmut Asmus: Studentische Burschenschaft und bürgerliche Umwälzung. Zum 175. Jahrestag des Wartburgfestes, Berlin 1992, S. 70-79.

- 16 Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 60.
- 17 Vgl. bes. FN 7 V, Nr. 25. Zur Burschenschaft als politische Jugendbewegung vgl. bes. Wolfgang Hardtwig: Studentische Mentalität – Politische Jugendbewegung – Nationalismus. Die Anfänge der deutschen Burschenschaft, in: Historische Zeitschrift 242 (1986), S. 581-628, hier S. 610ff.
- 18 Hardtwig: Studentische Mentalität – Politische Jugendbewegung – Nationalismus, S. 598. Vgl. auch Wolfgang Hardtwig: Krise der Universität, studentische Reformbewegung 1750-1819 und die Sozialisation der jugendlichen Bildungsschicht. Aufriß eines Forschungsproblems, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 155-176;
- 19 Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 78.
- 20 Heinrich von Gagern: Über die Verlängerung der Finanzperioden und Gesetzgebungslandtage, Darmstadt 1827 (36 S.), vgl. Erich Zimmermann: Für Freiheit und Recht! Der Kampf der Darmstädter Demokraten im Vormärz (1815-1848), Darmstadt 1987, S. 85f..
- 21 Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 68.
- 22 Ebd., S. 78.
- 23 Ebd., S. 163.
- 24 Ebd., S. 263.
- 25 Ebd., S. 145.
- 26 Michael Wettengel: Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum: Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt, Wiesbaden 1989, S. 34; vgl. Büttner: Die Anfänge des Parlamentarismus in Hessen-Darmstadt und das Thilsche System, S. 180f.
- 27 Vgl. Büttner: Die Anfänge des Parlamentarismus in Hessen-Darmstadt und das Thilsche System, S. 178, 180ff.; Zimmermann: Für Freiheit und Recht, S. 161ff..
- 28 Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 154.
- 29 Ebd., S. 207.
- 30 Ebd., S. 211.
- 31 Ebd..
- 32 1834 absolvierte Gagern ein landwirtschaftliches Praktikum bei Philipp Wernher in Nierstein und 1835 übernahm er das Gut Monsheim zunächst als Pächter, bevor er es erwarb.
- 33 Vgl. Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 390f..
- 34 Zit. nach Veit Valentin: Geschichte der deutschen Revolution von 1848-1849, Bd. 1, Neudr. Köln/Berlin 1977, S. 177.
- 35 Ludwig Andreas Jordan, 24.2.1811-1.7.1883, Weingutbesitzer und Politiker, Sohn des Bürgermeisters von Deidesheim (Rheinpfalz) und Landtagsabgeordneten Andreas J., Schwager von Franz Buhl, verschwägert mit der Familie Bassermann, 1848, 1849-1855 und 1863-1872 Mitglied der Zweiten Kammer im Landtag in München, Mitglied des Frankfurter Vorparlaments 1848, 1848-1852 Bürgermeister von Deidesheim, 1856-1866 Präsident der Pfälzischen Handels- und Gewerbekammer, 1858-1862 Landratsmitglied, 1861 Ausschußmitglied des Deutschen Handelstages, 1868 Abgeordneter des Deutschen Zollparlaments, 1871-1881 Reichstagsabgeordneter (nationalliberal). Neue Deutsche Biographie 10 (1974), S. 602f..
- 36 Franz Peter Buhl, 21.9.1809-11.8.1862, Weingutbesitzer und Politiker, Schwager von Ludwig Andreas Jordan, verschwägert mit der Familie Bassermann, seit 1844 Mitglied des Badischen Landtags in Karlsruhe, 1848 Mitglied des Frankfurter Vorparlaments und des 50er-Ausschusses, unterlag 1848 bei den Wahlen zur Nationalversammlung Friedrich Hecker, seit

- 1856 Mitglied der Zweiten Kammer im Landtag in München, Mitbegründer des „Pfälzischen Kuriers“, eines Presseorgans der kleindeutschen konstitutionellen Liberalen. Neue Deutsche Biographie 3 (1957), S. 11.
- 37 Vgl. Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 35ff.; Dieter Düding: Organisiertes gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808-1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung, München 1984.
- 38 Vgl. Paul Nolte: Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831-1855, in: Historische Zeitung 252 (1991), S. 57-93.
- 39 Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 133. Auch im Landtag erklärte er sich am 24.10.1834 in diesem Sinne, vgl. ebd., S. 145f.; vgl. neuerdings Dieter Hein: Partei und Bewegung. Zwei Typen moderner politischer Willensbildung, in: Historische Zeitung 263 (1996), S. 69-97.
- 40 Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 405. Friedrich von Gagern hatte sich bereits 1837 in dem Sinne geäußert, daß nur noch der in der Politik gehört werde, der Partei sei, vgl. Hellmuth Rößler: Hans Christoph Reichsfreiherr von Gagern, in: Nassauische Lebensbilder, Bd. 4 (1950), S. 92-111, hier S. 110.
- 41 Zit. nach Büttner: Die Anfänge des Parlamentarismus in Hessen-Darmstadt und das Thilsche System, S. 220.
- 42 Vgl. Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 387f., 391f., zur o.g. Publikation S. 393f..
- 43 Valentin: Geschichte der deutschen Revolution von 1848-1849, Bd. 1, S. 179.
- 44 Vgl. Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 345ff..
- 45 Rudolf Fendt: Von 1846 bis 1853. Erinnerungen aus Verlauf und Folgen einer akademischen und politischen Revolution. Von einem weiland Gießener Studenten und badischen Freischärer, Darmstadt 1875, S. 69.
- 46 Vgl. Zimmermann: Für Freiheit und Recht, S. 251.
- 47 Fendt: Von 1846 bis 1853, S. 72.
- 48 Vgl. Dieter Langewiesche: Republik, konstitutionelle Monarchie und „Soziale Frage“. Grundprobleme der deutschen Revolution von 1848/49, in: Historische Zeitschrift 230 (1980), S. 529-548.
- 49 Vgl. Gunther Hildebrandt: Heinrich von Gagern, Führer der Liberalen im Frankfurter Parlament, in: Helmut Bleiber, Walter Schmidt, Rolf Weber (Hrsg.): Männer der Revolution von 1848, Bd. II, Berlin (Ost) 1987, S. 357-390, hier S. 160; Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 26f., 293f., 382f..
- 50 Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 404f..
- 51 Vgl. Reinhard Karl Theodor Eigenbrodt: Meine Erinnerungen aus den Jahren 1848, 1849 und 1850, hrsg. von Ludwig Bergsträsser, Darmstadt 1914, S. 17.
- 52 Abgedr. in: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1. Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850, Stuttgart, 3. Aufl. 1978, Nr. 72, S. 324ff.; vgl. auch Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 400-402; neuerdings Roland Hoede: Die Heppenheimer Versammlung vom 10. Okt. 1847, Frankfurt a.M. 1997; Dieter Hein: Vom Gemeinde- zum Elitenliberalismus. Die Heppenheimer Versammlung von 1847 und die bürgerlich-liberale Bewegung in Deutschland, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 10 (1998), S. 9-31.
- 53 Vgl. Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 340f., 353ff.; eine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der „Deutschen Zeitung“ lehnte er jedoch zunächst noch ab, ebd., S. 388ff..
- 54 Rheinisches Volksblatt (Darmstadt) 37/25.3.1848, Hervorhebungen in der Vorlage.
- 55 Vgl. Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 413f..

- 56 Verhandlungen der zweiten Kammer der Landstände des Großherzogthums Hessen, 1847-1849, Elfter Landtag, Beil. Nr. 135 zum 17. Protokoll vom 2. März 1848.
- 57 Verhandlungen der zweiten Kammer der Landstände des Großherzogthums Hessen, 1847-1849, Elfter Landtag, Bd. 1, 17. Protokoll vom 2. März 1848, S. 5.
- 58 Vgl. Eigenbrodt: Meine Erinnerungen aus den Jahren 1848, 1849 und 1850, S. 36.
- 59 Der Odenwälder 30/10.3.1849.
- 60 Eigenbrodt: Meine Erinnerungen aus den Jahren 1848, 1849 und 1850, S. 34f..
- 61 Die Äußerung stammt vom Oktober 1845, zit. nach Manfred Botzenhart: Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-1850, Düsseldorf 1977, S. 66.
- 62 Zit. nach Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-1850, S. 99.
- 63 Vgl. Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 39f., 41; Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-1850, S. 118ff.; der Siebzehner-Entwurf der Reichsverfassung ist abgedruckt in: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850, Stuttgart, 3. Aufl. 1978, S. 352ff..
- 64 Joseph Hansen (Hrsg.): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830-1850, Bd. II, 1. Hälfte (Jan. 1846 – Apr. 1848), Bonn 1942, S. 690.
- 65 Ebd.; vgl. Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-1850, S. 415.
- 66 Vgl. Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, S. 44f..
- 67 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, hrsg. auf Beschluß der Nationalversammlung durch die Redactions-Commission und in deren Auftrag von Franz Wigard, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1848, S. 410.
- 68 Zit. nach Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 46.
- 69 Zit. nach Franz X. Vollmer: Der Traum von der Freiheit. Vormärz und 48er Revolution in Süddeutschland in zeitgenössischen Bildern, Stuttgart 1983, S. 81.
- 70 Friedrich von Gagern war seit 1827 Chef des Generalstabs des Prinzen Friedrich der Niederlande, 1840 Oberst, 1842 Brigadier, Provinzkommandant von Nordholland und Adjutant König Wilhelms I. der Niederlande. 1844 bis 1847 nutzte er als Generalmajor eine Dienstreise nach Niederländisch-Indien zu einer Weltumsegelung und wurde nach seiner Rückkehr Gouverneur von Den Haag und Provinzialkommandant von Südholland. Nach Ausbruch der Revolution nahm er seinen Abschied und übernahm am 14. April 1848 als Generalleutnant das Kommando über die badischen und hessischen Truppen, die die Freischaren Friedrich Heckers am 20. April 1848 besiegten. Friedrich von Gagern fiel gleich zu Beginn der Schlacht. Heinrich von Gagern: Das Leben des Generals Friedrich von Gagern, Bd. 1-3, Leipzig, Heidelberg 1856-1857.
- 71 Vgl. Wolfram Siemann: Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt a. M. 1985, S. 77; Wettengel: Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum, S. 71f..
- 72 Eigenbrodt: Meine Erinnerungen aus den Jahren 1848, 1849 und 1850, S. 41.
- 73 Ebd., S. 63.
- 74 Vgl. Botzenhart: Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-1850, S. 420ff.. Die Fraktion traf sich anfangs im „Großen Hirschgraben“, später im „Casino“.
- 75 Zit. nach Hildebrandt: Heinrich von Gagern, S. 369.

- 76 Vgl. Vollmer: Der Traum von der Freiheit, S. 146.
- 77 Vgl. Hildebrandt: Heinrich von Gagern, S. 369, 371.
- 78 Zit. nach Valentin: Geschichte der deutschen Revolution von 1848-1849, Bd. 2, S. 15; vgl. Gunther Hildebrandt: Politik und Taktik der Gagern-Liberalen in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Berlin (Ost) 1989, S. 51.
- 79 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Bd. 1, S. 521. Die Wendung vom „kühnen Griff“ übernahm Gagern von seiner Vorredner Mathy.
- 80 Ebd., Bd. 1, S. 522.
- 81 Vgl. Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 52f.; Hildebrandt, Politik und Taktik der Gagern-Liberalen in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, S. 58ff., 62f.
- 82 Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 53; vgl. auch Botzenhart: Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-1850, S. 163ff.
- 83 Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 315f..
- 84 Ebd., S. 318.
- 85 Vgl. ebd., S. 22; FN 7 IV, Nr. 22.
- 86 Deutscher Liberalismus im Vormärz, S. 336f.
- 87 Verhandlungen der zweiten Kammer der Landstände des Großherzogthums Hessen, 1847-1849, Elfter Landtag, Bd. 1, 29. Protokoll vom 24. März 1848, S. 15.
- 88 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Bd. 4, S. 2900.
- 89 Ebd., Bd. 4, S. 2898.
- 90 Vgl. Hans Fenske (Hrsg.): Quellen zur deutschen Revolution 1848-1849, Darmstadt 1996, S. 174ff..
- 91 Vgl. Valentin: Geschichte der deutschen Revolution von 1848-1849, Bd. 2, S. 282ff.; Hildebrandt, Heinrich von Gagern, S. 376f..
- 92 Vgl. bes. auch Fenske (Hrsg.): Quellen zur deutschen Revolution 1848-1849, S. 21, 190ff., 218ff.
- 93 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Bd. 8, S. 6060-6071, 6075-6096. „Verfassung des Deutschen Reichs“ vom 28.3.1849 (RGBl. 1849, S. 101); abgedruckt in Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, S. 375-396.
- 94 So Heinrich von Gagern, zit. nach Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 55.
- 95 Brief Friedrich Theodor Vischers an David Strauß vom 3.4.1849, in: A. Rapp (Hrsg.): Briefwechsel zwischen David Strauß und Friedrich Theodor Vischer, Bd. 1, Stuttgart 1952, S. 225f..
- 96 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Bd. 9, S. 6411; vgl. Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 55.
- 97 Vgl. Botzenhart: Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-1850, S. 700, 704f.; Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, S. 55f..
- 98 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Bd. 9, S. 6697.

- 99 Vgl. Hildebrandt: Heinrich von Gagern, S. 385.
- 100 Vgl. ebd., S. 387.
- 101 Vgl. Andreas Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868. Nationale Organisationen und Eliten, Düsseldorf 1994, S. 69, 71, 128f..
- 102 Paul Wentzcke: Drei Brüder von Gagern. Friedrich Freiherr von Gagern (1794-1848), Maximilian Freiherr von Gagern (1810-1889), Heinrich Freiherr von Gagern (1799-1880), in: Nassauische Lebensbilder, Bd. 4 (1950), S. 112-171, hier S. 163.
- 103 Ludwig August von Rochau: Grundsätze der Realpolitik, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler. Frankfurt a.M., Wien, Berlin 1972, S. 204, vgl. auch S. 133ff..
- 104 Rochau: Grundsätze der Realpolitik, S. 25, vgl. auch S. 46.
- 105 Wentzcke: Drei Brüder von Gagern, S. 163.

#### **Ausgewählte Literatur:**

Deutscher Liberalismus im Vormärz. Heinrich von Gagern, Briefe und Reden 1815-1848. Bearb. von Paul Wentzcke und Wolfgang Klötzer, Göttingen, Berlin, Frankfurt 1959.

Andreas Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868. Nationale Organisationen und Eliten, Düsseldorf 1994 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 102)

Manfred Botzenhart: Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-1850, Düsseldorf 1977 (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus, Bd. 1).

Siegfried Büttner: Die Anfänge des Parlamentarismus in Hessen-Darmstadt und das Thilsche System, Darmstadt 1969.

Hans Fenske: Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn 1994.

Ders. (Hrsg.): Quellen zur deutschen Revolution 1848-1849, Darmstadt 1996 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, Bd. 24).

Eckhard G. Franz und Peter Fleck (Bearb. und Hrsg.): Der Landtag des Großherzogtums Hessen 1820-1848. Reden aus den parlamentarischen Reform-Debatten des Vormärz, Darmstadt 1998 (Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen, Bd. 18).

Lothar Gall: Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Wiesbaden 1968.

Ders.: Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: Ders. (Hrsg.): Liberalismus, Königstein/Ts., 2. Aufl. 1980, S. 162-186.

Ders.: Bürgertum in Deutschland, Berlin 1989.

Ders., Rainer Koch (Hrsg.): Der europäische Liberalismus im 19. Jahrhundert. Texte zu seiner Entwicklung, 4 Bde, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1981.

Hartwig Gebhardt: Revolution und liberale Bewegung. Die nationale Organisation der konstitutionellen Partei in Deutschland 1848/49, Hamburg 1974.

Wolfgang Hardtwig: Studentische Mentalität – Politische Jugendbewegung – Nationalismus. Die Anfänge der deutschen Burschenschaft, in: Historische Zeitschrift 242 (1986), S. 581-628.

Dieter Hein: Vom Gemeinde- zum Elitenliberalismus. Die Heppenheimer Versammlung von 1847 und die bürgerlich-liberale Bewegung in Deutschland, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 10 (1998), S. 9-31.

Gunther Hildebrandt: Heinrich von Gagern, Führer der Liberalen im Frankfurter Parlament, in: Helmut Bleiber, Walter Schmidt, Rolf Weber (Hrsg.): Männer der Revolution von 1848, Bd. II, Berlin (Ost) 1987, S. 357-390.

Ders.: Politik und Taktik der Gagern-Liberalen in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Berlin (Ost) 1989.

Wolfgang Klötzer (Hrsg.): Clothilde Koch-Gontard an ihre Freunde. Briefe und Erinnerungen aus der Zeit der deutschen Einheitsbewegung 1843-1869, Frankfurt a.M. 1969.

Ders.: Heinrich von Gagern, in: Sabine Freitag (Hrsg.): Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, München 1997, S. 126-133.

Dieter Langewiesche: Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung Düsseldorf 1974. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 52).

Ders.: Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 324-361.

Ders.: Republik, konstitutionelle Monarchie und „Soziale Frage“. Grundprobleme der deutschen Revolution von 1848/49, in: Historische Zeitschrift 230 (1980), S. 529-548.

Ders.: Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Forschungsperspektiven (Teil I), in: Archiv für Sozialgeschichte 21 (1981), S. 458-498; (Teil II), in: Archiv für Sozialgeschichte 31 (1991), S. 331-443.

Ders. (Hrsg.): Die deutsche Revolution von 1848/49, Darmstadt 1983 (Wege der Forschung, Bd. 164).

Ders.: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988 (Neue Historische Bibliothek)

Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918 Düsseldorf 1961. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18).

Ludwig von Pastor: Leben des Freiherrn Maximilian von Gagern (1810-1889). Ein Beitrag zur politischen und kirchlichen Geschichte des 19. Jahrhunderts, Kempten, München 1912.

Gerhard A. Ritter: Die deutschen Parteien von 1830-1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985.

Hellmuth Rößler: Zwischen Revolution und Reaktion. Ein Lebensbild des Reichsfreiherrn Hans Christoph von Gagern 1766-1852, Göttingen, Berlin, Frankfurt 1958 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. XIV).

Wolfgang Schieder (Hrsg.): Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 9).

James J. Sheehan: Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, München 1983.

Veit Valentin: Geschichte der deutschen Revolution von 1848-1849, 2 Bde., 1930/31, Neuauflagen: Köln/Berlin 1977 und Weinheim 1998.

Paul Wentzcke: Anfänge und Aufstieg Heinrichs von Gagern, in: Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im 19. Jahrhundert, hrsg. von Paul Wentzcke, Bd. 1 (1957), S. S. 9-117.

Ders.: Drei Brüder von Gagern. Friedrich Freiherr von Gagern (1794-1848), Maximilian Freiherr von Gagern (1810-1889), Heinrich Freiherr von Gagern (1799-1880), in: Nassauische Lebensbilder, Bd. 4 (1950), S. 112-171.

Ders.: Heinrich von Gagern. Vorkämpfer für deutsche Einheit und Volksvertretung, Göttingen 1957 (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 4).

Wettengel, Michael: Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum: Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt Wiesbaden 1989. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. XLIX)